



Mit Corona in den geplanten Staatsbankrott?



Zur Bekämpfung der Coronafolgen fällt den Politikern immer nur ein Mittel ein: Finanzhilfen.

Vielen ist nicht klar, dass diese mit Schulden finanziert werden. Was alternativlos klingt, könnte in Wirklichkeit ein verdeckter Plan sein - und Corona nur die Ablenkung davon.

Viele Menschen vermuten mittlerweile, dass die Coronakrise eine Ablenkung von ganz anderen Themen sein könnte. So werden mit der Begründung einer gesundheitlichen Bedrohung schuldenfinanzierte Hilfspakete in schwindelerregender Höhe aufgelegt. Da diese Schuldenberge wohl niemals zurückgezahlt werden können, drängt sich die Frage auf, ob sie wirklich der Krisenbekämpfung dienen oder einen ganz anderen Hintergrund haben.

Der Rechtsanwalt Markus Haintz hat in seiner Rede vom 14. Februar 2021 in München auf einen möglichen Zusammenhang zwischen der aktuellen Coronapolitik und einem drohenden Staatsbankrott der Euro-Länder hingewiesen. Er führt aus, dass in dem nach der Finanzkrise von 2007/2008 eingeführten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) eine Privatisierung ganzer Länder durch die Gläubiger (also die Banken) des betreffenden Landes vorbereitet wurde. Dort sei angelegt, dass sich ein zahlungsunfähiger Staat nicht mehr selber durch eine Insolvenz führen dürfe, sondern dies durch die Geldgeber geschehen könne. Dem Anwalt zufolge würden die europäischen Länder aktuell möglicherweise ganz „gezielt gegen die Wand gefahren“ und die Staaten gegen den Willen ihrer Bürger verschuldet, um den kreditgebenden Banken über den Umweg eines Staatsbankrotts den Zugriff auf das Vermögen der Nationalstaaten zu ermöglichen.

Diese These scheint zunächst absurd, ein ähnliches Verfahren wurde jedoch schon früher regelmäßig durch den IWF (Internationalen Währungsfonds) angewendet. Und das geht laut dem Finanzexperten Ernst Wolff so: Gerät ein Land an den Rand einer Insolvenz, stellt der IWF zur Vermeidung des Bankrotts Kredite zur Verfügung, die an harte Bedingungen geknüpft sind. Um die Kredite zurückbezahlen zu können, müssen die betroffenen Länder in sog. Sparprogrammen z.B. Staatsbetriebe privatisieren, Steuern erhöhen oder Sozialleistungen kürzen. In der Folge werden staatliche Strukturen marode und die Bevölkerung verarmt. Das Geld des Staates und seiner Bürger wandert zu den Kreditgebern.

Derartige Staatsplünderungen hatten in der Vergangenheit häufig zu sozialen Unruhen und Widerständen in der Bevölkerung geführt. Jetzt, wo europaweit die Bevölkerung durch die Coronakrise abgelenkt ist, könnte die größte Umverteilung aller Zeiten bereits im Gange sein – und zwar ohne dass wir es merken.

von mik

Quellen:

<https://youtube.com/watch?v=caEKwk2OsxE>

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/DOC_12_3

https://www.n-tv.de/wirtschaft/der_boersen_tag/Steigende-Anleiherendite-EZB-hat-noetige-Munition-

article22396497.html

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/222901/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-der-europaeischen-union-eu>

Das könnte Sie auch interessieren:

#ESM - Internationale Schuldenunion ESM - www.kla.tv/ESM

#ErnstWolff - www.kla.tv/ErnstWolff

#IWF - www.kla.tv/IWF

#Coronavirus - www.kla.tv/Coronavirus

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.